

HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH, Hamburg

Wichtige Mitteilung an unsere Anleger

Änderung der Besonderen Anlagebedingungen für das Sondervermögen „ficon Green Dividends-INVEST“ (ISIN: DE000A2PRZW7, DE000A2QAX21)

Die HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH ändert die Besonderen Anlagebedingungen (BAB) für das o. g. Sondervermögen.

- Im gesamten Dokument werden redaktionelle Änderungen, sowie punktueller Entfallen von Abkürzungen vorgenommen. Dies erfolgt ohne inhaltliche Relevanz. Beispielsweise wird im gesamten Dokument die Abkürzung von „Allgemeinen Anlagebedingungen“ von bisher „AABen“ zu neu „AAB“ geändert. Der Begriff „OGAW-Sondervermögen“ wird neu durchgehend als „Sondervermögen“ abgekürzt. Das Wort „Inventarwert“ wird vollständig als „Nettoinventarwert“ ausgeschrieben. Das Wort „Absatz“ wird meistens nicht mehr als „Abs.“ abgekürzt sondern als Wort ausgeschrieben.
- Es wird § 1a für nicht zulässige Vermögensgegenstände eingefügt. Sonstige Vermögensgegenstände dürfen für den Fonds nicht erworben werden.
- § 2 Nr. 4 entfällt. Die Nummerierung verschiebt sich entsprechend.
- § 2 Nr. 5 betreffend die Anlage in Investmentvermögen wird abgeändert derart, dass der Hinweis auf Nachhaltigkeitskriterien an dieser Stelle entfällt. Dafür werden die Details für die Investition in Investmentanteilen präzisiert hinsichtlich zulässiger Arten, Grenzen und Auswahl.
- § 2 Nr. 6-7: Die ESG- bzw. nachhaltigkeitsbezogenen Anlagegrenzen wurden geändert und ausführlicher dargestellt. Es erfolgt auch eine Anpassung und Konkretisierung der ESG-Anlagegrenzen im Hinblick auf ein Mindest-Rating und Ausschlusskriterien.
- § 2 Nr. 8: Es erfolgt eine Präzisierung, wonach bei Ziel-Investmentfonds gemäß § 2 Abs. 6 S. 2 und S. 3 Investmentsteuergesetz auf die bewertungstäglich veröffentlichten tatsächlichen Kapitalbeteiligungsquoten abzustellen ist, soweit sie verfügbar sind.
- § 4 Nr. 1: Korrektur des Verweises auf § 16 Absatz 3 der AAB.
- § 4 Nr. 5: rein redaktionelle Einfügung des Wortes „eine“ ohne inhaltliche Relevanz.
- § 5 Nr. 3: Korrektur des Verweises auf § 16 Absatz 2 Satz 3 der AAB.
- § 6 Nr. 1: Die Prozentangabe wird neu redaktionell mit zwei Nachkommastellen angegeben. Inhaltlich ändert sich dadurch nichts.
- § 7 Nr. 1, 2, 4, 5 Buchstabe m: Die Prozentangaben werden neu redaktionell mit zwei Nachkommastellen angegeben. Inhaltlich ändert sich dadurch nichts.
- § 7 Nr. 1 und 2 (betreffend Kosten): Die genannten Kosten werden nicht mehr „für jede Anteilklasse“ dem Sondervermögen belastet, sondern nur noch bezogen auf den gesamten Fonds. Deshalb entfällt der Zusatz „für jede Anteilklasse“ an verschiedenen Stellen.
- § 7 Nr. 1, 2, 3, 4, 5 Buchstabe m: Die Vergütungen beziehen sich neu auf das Geschäftsjahr und nicht mehr auf die Abrechnungsperiode.
- § 7 Nr. 2 Buchstabe a, b und c sowie § 7 Nr. 4: Es entfallen die Begriffe „jährlich“ und „pro Jahr“, weil diese redundant ist. Inhaltlich ergibt sich dadurch keine Änderung.
- § 7 Nr. 5 Buchstabe b: Der Begriff „wesentlichen Anlegerinformationen“ wird geändert bzw. aktualisiert in „Basisinformationsblatt (PRIIPS)“.
- § 7 Nr. 5 Buchstabe d: Die Belastung von Kosten betreffend eines dauerhaften Datenträgers nach ist künftig möglich, wenn es sich um einen vertraglich oder gesetzlich vorgesehenen dauerhaften Datenträger handelt.

- § 7 Nr. 5 Buchstabe f: Bei der Bezugnahme auf das Steuerrecht wird das Wort „deutschen“ durch „anwendbaren“ ersetzt. Die Umformulierung dient der Klarstellung.
- § 7 Nr. 5 Buchstabe n: Die Transaktionskosten werden neu in § 7 Nummer 5 Buchstabe n erwähnt und nicht mehr in § 7 Nr. 6. Die Nummerierung verschiebt sich entsprechend. Die Formulierung wird leicht angepasst. Inhaltlich ändert sich dadurch nichts.
- § 7 Nr. 5 Buchstabe o: Die Steuern, insbesondere die Umsatzsteuer, die mit den vorgenannten Aufwendungen zusammenhängen, werden neu in § 7 Nr. 5 Buchstabe o erwähnt und nicht mehr in § 7 Nr. 5 Buchstabe n. Die Formulierung wird leicht angepasst bzw. präzisiert.
- § 10: Die Tagesangabe wird neu mit zwei Ziffern als „01.“ Januar dargestellt. Inhaltlich ändert sich dadurch nichts.

Die Änderungen der Anlagebedingungen wurden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigt und treten mit Wirkung zum 21.05.2025 in Kraft.

Bitte finden Sie die BAB im Auszug nachstehend abgedruckt.

Sollten Sie weitere Fragen bezüglich der Änderungen der Anlagebedingungen haben, beantworten wir Ihnen diese auch gerne persönlich: Unsere Mitarbeiter im Kundenservice-Center sind montags bis freitags zwischen 8.00 und 18.00 Uhr für Sie da. Sie erreichen sie via

E-Mail: info@hansainvest.de.

Hamburg, den 16.04.2025
Die Geschäftsleitung

Besondere Anlagebedingungen („BAB“)

Besondere Anlagebedingungen

zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen den Anlegern und der HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH, Hamburg, (nachstehend „Gesellschaft“ genannt) für das von der Gesellschaft verwaltete Sondervermögen gemäß der OGAW-Richtlinie **ficon Green Dividends-INVEST**, die nur in Verbindung mit den für dieses OGAW-Sondervermögen (nachfolgend Sondervermögen) von der Gesellschaft aufgestellten „Allgemeinen Anlagebedingungen“ („AAB“) gelten.

ANLAGEGRUNDSÄTZE UND ANLAGEGRENZEN

§ 1 Vermögensgegenstände

Die Gesellschaft darf für das Sondervermögen folgende Vermögensgegenstände erwerben:

1. Aktien und Aktien gleichwertige Wertpapiere gemäß § 5 der AAB
2. Wertpapiere gemäß § 5 der AAB, die keine Aktien und Aktien gleichwertige Wertpapiere sind
3. Geldmarktinstrumente gemäß § 6 der AAB
4. Bankguthaben gemäß § 7 der AAB
5. Investmentanteile gemäß § 8 der AAB
6. Derivate gemäß § 9 der AAB

§ 1a Nicht zulässige Vermögensgegenstände

Die Gesellschaft darf für das Sondervermögen folgende Vermögensgegenstände nicht erwerben:

1. Sonstige Anlageinstrumente gemäß § 10 der AAB

§ 2 Anlagegrenzen

1. Die Gesellschaft muss mindestens 60 % des Wertes des Sondervermögens in Aktien und Aktien gleichwertigen Wertpapieren gemäß § 1 Nr. 1 anlegen, die innerhalb des zurückliegenden Jahres vor Erwerb eine Dividende ausgeschüttet haben. Das OGAW-Sondervermögen darf vollständig aus diesen Vermögensgegenständen bestehen. Die in Pension genommenen Wertpapiere sind auf die Anlagegrenzen des § 206 Absatz 1 bis 3 KAGB anzurechnen.
2. Die Gesellschaft darf bis zu 40 % des Wertes des Sondervermögens in Wertpapiere gemäß § 1 Nr. 2 anlegen. Die in Pension genommenen Wertpapiere sind auf die Anlagegrenzen des § 206 Absatz 1 bis 3 KAGB anzurechnen.
3. Die Gesellschaft darf bis zu 40 % des Wertes des Sondervermögens in Geldmarktinstrumenten gemäß § 1 Nr. 3 anlegen. Die in Pension genommenen Geldmarktinstrumente sind auf die Anlagegrenzen des § 206 Absatz 1 bis 3 KAGB anzurechnen.
4. Bis zu 40 % des Wertes des Sondervermögens dürfen in Bankguthaben nach Maßgabe des § 1 Nr. 4 gehalten werden.
5. Die Gesellschaft darf bis zu 10 % des Wertes des Sondervermögens in Anteilen an in- oder ausländischen Investmentvermögen gemäß § 1 Nr. 5 anlegen. Innerhalb dieser Grenze dürfen alle zulässigen Arten in- und ausländischer Investmentanteile erworben werden. Grenzen für einzelne Arten von Investmentanteilen bestehen nicht. Die Auswahl kann insbesondere nach dem Anlagekonzept, Anlageschwerpunkt, Anlagebedingungen oder Angaben im Jahres- bzw. Halbjahresbericht des jeweiligen Investmentvermögens erfolgen. Die in Pension genommenen Investmentanteile sind auf die Anlagegrenzen der §§ 207 und 210 Absatz 3 KAGB anzurechnen.
6. Mindestens 85 % des Wertes des Sondervermögens müssen in Vermögensgegenstände gemäß § 1 Nr. 1, 2 und 3 investiert werden, die unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien ausgewählt werden und von einem durch die Gesellschaft anerkannten Anbieter für Nachhaltigkeits-Research unter ökologischen und sozialen Kriterien positiv bewertet worden sind. Als positiv bewertet gelten die Vermögensgegenstände in Bezug auf Unternehmen, die ein Mindest-ESG-Rating von Prime-1 des Datenanbieters Institutional Shareholder Services Inc. („ISS“) aufweisen. Staatsemittenten werden nur dann berücksichtigt, wenn diese einen Decile Rank von maximal 5 aufweisen.

Für das Sondervermögen werden keine Vermögensgegenstände erworben, deren Emittenten oder Basiswerte

- sehr schwerwiegende Kontroversen in Bezug auf Menschenrechte aufweisen.
- sehr schwerwiegende Kontroversen bezüglich Arbeiterrechten aufweisen, insbesondere bzgl. Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Zwangsarbeit, Kinderarbeit und Diskriminierung.
- sehr schwerwiegende Kontroversen bezüglich ihres Umweltverhaltens aufweisen.

- sehr schwerwiegende Kontroversen bezüglich Geldwäsche, Korruption und/oder Bestechung aufweisen.
- mehr als 5 % Umsatz aus der Herstellung und/ oder dem Vertrieb von zivilen Waffen generieren.
- mehr als 5 % Umsatz im Zusammenhang mit Fracking oder der Gewinnung und Verarbeitung von Ölsänden generieren.
- Umsatz aus der Produktion von Pornografie generieren. Im Fall des Vertreibens von Pornografie gilt eine Umsatztoleranzschwelle von 10 %.
- mehr als 5 % des Umsatzes aus der Erzeugung von Kernkraft, dem Abbau und der Verarbeitung von Uranerz und der Bereitstellung von Schlüsseldienstleistungen generieren.
- mehr als 5 % ihres Umsatzes aus dem Betrieb von Kernreaktoren zur Stromerzeugung generieren.
- mehr als 5 % Umsatz durch Uranbergbau generieren.
- gegen die Ausschlüsse im Zusammenhang mit Paris-abgestimmten EU-Referenzwerten (sog. Paris aligned Benchmark „PAB“) im Sinne von Art. 12 Abs. 1 der Verordnung (EU) 2020/1818 in der jeweils aktuell gültigen Fassung verstoßen.

Ferner werden keine Anleihen von Staaten erworben,

- die nach dem Freedom House Index als „unfrei“ klassifiziert werden.
- die UN Biodiversitäts- Konvention nicht ratifiziert haben.
- das Pariser Klimaabkommen nicht ratifiziert haben.
- das Kyotoprotokoll nicht ratifiziert haben.
- die einen Corruption Perception Index kleiner 30 aufweisen.
- die Menschen- oder Arbeitsrechtskontroversen haben.
- deren Militärhaushalt 5 % des Bruttoinlandsprodukts übersteigt.
- die Nichtunterzeichner des Atomwaffensperrvertrages sind.

Die Einzelheiten und deren Funktionsweise sind dem Verkaufsprospekt und den nachhaltigkeitsbezogenen Offenlegungen zu entnehmen.

7. Die gute Unternehmensführung („Governance“) wird insbesondere durch das Verwenden der Ausschlusskriterien sichergestellt, indem unter anderem nicht in Emittenten investiert wird, die sehr schwerwiegende Kontroversen in Bezug auf Menschenrechte, Arbeitsrechte, Umweltverhalten, Geldwäsche, Korruption und/oder Bestechung aufweisen. Daneben wird die gute Unternehmensführung im Rahmen des ESG-Ratings als einer von vielen Faktoren mitberücksichtigt.

Die Einzelheiten und deren Funktionsweise sind dem Verkaufsprospekt und den nachhaltigkeitsbezogenen Offenlegungen zu entnehmen.

8. Mehr als 50 % des Wertes des Sondervermögens werden in solche Kapitalbeteiligungen i. S. d. § 2 Absatz 8 Investmentsteuergesetz angelegt, die nach diesen Anlagebedingungen für das Sondervermögen erworben werden können (Aktienfonds). Bei Ziel-Investmentfonds ist dabei gemäß § 2 Abs. 6 S. 2 und S. 3 Investmentsteuergesetz auf die bewertungstäglich veröffentlichten tatsächlichen Kapitalbeteiligungsquoten abzustellen, soweit sie verfügbar sind. Bei der Ermittlung des Umfangs des in Kapitalbeteiligungen angelegten Vermögens werden die Kredite entsprechend dem Anteil der Kapitalbeteiligungen am Wert aller Vermögensgegenstände abgezogen.

....

ANTEILKLASSEN

§ 4 Anteilklassen

1. Für das Sondervermögen können Anteilklassen im Sinne von § 16 Absatz 3 der AAB gebildet werden, die sich hinsichtlich der Ertragsverwendung, des Ausgabeaufschlags, der Währung des Anteilwertes einschließlich des Einsatzes von Währungssicherungsgeschäften, der Verwaltungsvergütung, der Mindestanlagesumme oder einer Kombination dieser Merkmale unterscheiden.

Für das Sondervermögen kann die folgende Anteilklasse im Sinne von § 16 Absatz 3 der AAB gebildet werden, die sich hinsichtlich der Anleger, die Anteile erwerben und halten dürfen, unterscheidet: **ficon Green Dividends-INVEST SBA** („Anteilklasse SBA“). Die Bildung von Anteilklassen ist jederzeit zulässig und liegt im Ermessen der Gesellschaft.

2. Der Erwerb von Vermögensgegenständen ist nur einheitlich für das ganze Sondervermögen und nicht für eine einzelne Anteilklasse oder eine Gruppe von Anteilklassen zulässig.
3. Der Abschluss von Währungskurssicherungsgeschäften ausschließlich zugunsten einer einzigen Währungsanteilklasse ist zulässig. Für Währungsanteilklassen mit einer Währungsabsicherung zugunsten der Währung dieser Anteilklasse (Referenzwährung) darf die Gesellschaft auch unabhängig von § 9 der AAB Derivate im Sinne des § 197 Absatz 1 KAGB auf Wechselkurse oder Währungen mit dem Ziel einsetzen, Anteilwertverluste durch Wechselkursverluste von nicht auf die Referenzwährung der Anteilklasse lautenden Vermögensgegenständen des Sondervermögens zu vermeiden.
4. Der Anteilwert wird für jede Anteilklasse gesondert errechnet, indem die Kosten der Auflegung neuer Anteilklassen, die Ausschüttungen (einschließlich der aus dem Fondsvermögen ggf. abzuführenden Steuern), die Verwaltungsvergütung und die Ergebnisse aus Währungskurssicherungsgeschäften, die auf eine bestimmte Anteilklasse entfallen, ggf. einschließlich Ertragsausgleich, ausschließlich dieser Anteilklasse zugeordnet werden.
5. Die bestehenden Anteilklassen werden sowohl im Verkaufsprospekt als auch im Jahres- und Halbjahresbericht einzeln aufgezählt. Die die Anteilklassen kennzeichnenden Ausgestaltungsmerkmale (Ertragsverwendung, Ausgabeaufschlag, Währung des Anteilwertes, Verwaltungsvergütung, Mindestanlagesumme, Anlegerkreis oder eine Kombination dieser Merkmale) werden im Verkaufsprospekt und im Jahres- und Halbjahresbericht im Einzelnen beschrieben.

ANTEILE, AUSGABEPREIS, RÜCKNAHMEPREIS, RÜCKNAHME VON ANTEILEN UND KOSTEN

§ 5 Anteile

...

3. Abweichend von § 16 Absatz 2 Satz 3 der AAB dürfen die Anteile der Anteilklasse SBA nicht übertragen werden. Überträgt ein Anleger dennoch Anteile, so ist er verpflichtet, dies der Gesellschaft innerhalb eines Monats nach dem Übertrag mitzuteilen. Das Recht zur Rückgabe der Anteile nur an die Gesellschaft für Rechnung des Sondervermögens gemäß § 17 Absatz 3 der AAB bleibt unberührt.

§ 6 Ausgabe- und Rücknahmepreis

1. Der Ausgabeaufschlag beträgt bei jeder Anteilklasse 5,00 % des Anteilwertes. Es steht der Gesellschaft frei, einen niedrigeren Ausgabeaufschlag zu berechnen.

...

§ 7 Kosten

1. Vergütung, die an die Gesellschaft zu zahlen ist:

Die Gesellschaft erhält für die Verwaltung des Sondervermögens eine Verwaltungsvergütung in Höhe von bis zu 1,50 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in einem Geschäftsjahr, welcher aus den börsentäglich ermittelten Nettoinventarwerten errechnet wird. Sie ist berechtigt, hierauf monatlich anteilige Vorschüsse zu erheben. Die Gesellschaft gibt für jede Anteilklasse im Verkaufsprospekt die tatsächlich erhobene Verwaltungsvergütung an.

2. Vergütungen, die an Dritte zu zahlen sind (diese werden von der Verwaltungsvergütung nicht abgedeckt und somit von der Gesellschaft dem Sondervermögen zusätzlich belastet):
 - a) Die Gesellschaft zahlt aus dem Sondervermögen für die Marktrisiko- und Liquiditätsmessung gemäß DerivateV durch Dritte eine Vergütung bis zur Höhe von 0,10 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in einem Geschäftsjahr, welcher aus den börsentäglich ermittelten Nettoinventarwerten errechnet wird.
 - b) Die Gesellschaft zahlt aus dem Sondervermögen für das Rating der Vermögensgegenstände durch Dritte eine Vergütung bis zur Höhe von 0,10 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in einem Geschäftsjahr, welcher aus den börsentäglich ermittelten Nettoinventarwerten errechnet wird.
 - c) Die Gesellschaft zahlt aus dem Sondervermögen für die Informationsbeschaffung durch Dritte im Zusammenhang mit der Bewertung von Vermögensgegenständen eine Vergütung bis zur Höhe von 0,10 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in einem Geschäftsjahr, welcher aus den börsentäglich ermittelten Nettoinventarwerten errechnet wird.

3. Verwahrstellenvergütung

Die Verwahrstelle erhält eine Vergütung von bis zu 0,10 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in einem Geschäftsjahr, welcher aus den börsentäglich ermittelten Nettoinventarwerten errechnet wird. Sie ist berechtigt, hierauf monatlich anteilige Vorschüsse zu erheben.

4. Zulässiger Höchstbetrag gemäß Absätzen 1 bis 3 sowie Absatz 5 lit. m)

Der Betrag, der aus dem Sondervermögen nach den vorstehenden Absätzen 1 bis 3 als Vergütung sowie nach Absatz 5 lit. m) als Aufwendungsersatz entnommen wird, kann insgesamt bis zu 2,00 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in einem Geschäftsjahr, welcher aus den börsentäglich ermittelten Nettoinventarwerten errechnet wird, betragen.

5. Neben den vorgenannten Vergütungen gehen die folgenden Aufwendungen zu Lasten des Sondervermögens:

- a) bankübliche Depot- und Kontogebühren, ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Vermögensgegenstände im Ausland;
- b) Kosten für den Druck und Versand der für die Anleger bestimmten gesetzlich vorgeschriebenen Verkaufsunterlagen (Jahres- und Halbjahresberichte, Verkaufsprospekt, Basisinformationsblatt (PRIIPS));
- c) Kosten der Bekanntmachung der Jahres- und Halbjahresberichte, der Ausgabe- und Rücknahmepreise und ggf. der Ausschüttungen oder Thesaurierungen und des Auflösungsberichtes;
- d) Kosten der Erstellung und Verwendung eines vertraglich oder gesetzlich vorgesehenen dauerhaften Datenträgers, außer im Fall der Informationen über Fondsverschmelzungen und der Informationen über Maßnahmen im Zusammenhang mit Anlagegrenzverletzungen oder Berechnungsfehlern bei der Anteilwertermittlung;
- e) Kosten für die Prüfung des Sondervermögens durch den Abschlussprüfer des Sondervermögens;
- f) Kosten für die Bekanntmachung der Besteuerungsgrundlagen und der Bescheinigung, dass die steuerlichen Angaben nach den Regeln des anwendbaren Steuerrechts ermittelt wurden;
- g) Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen durch die Gesellschaft für Rechnung des Sondervermögens sowie der Abwehr von gegen die Gesellschaft zu Lasten des Sondervermögens erhobenen Ansprüchen;
- h) Gebühren und Kosten, die von staatlichen Stellen in Bezug auf das Sondervermögen erhoben werden;
- i) Kosten für Rechts- und Steuerberatung im Hinblick auf das Sondervermögen;
- j) Kosten sowie jegliche Entgelte, die mit dem Erwerb und/oder der Verwendung bzw. Nennung eines Vergleichsmaßstabes oder Finanzindizes anfallen können;

- k) Kosten für die Beauftragung von Stimmrechtsbevollmächtigten;
- l) Kosten für die Analyse des Anlageerfolges des Sondervermögens durch Dritte;
- m) Kosten für die Bereitstellung von Analysematerial oder -dienstleistungen durch Dritte in Bezug auf ein oder mehrere Finanzinstrumente oder sonstige Vermögenswerte oder in Bezug auf die Emittenten oder potenziellen Emittenten von Finanzinstrumenten oder in engem Zusammenhang mit einer bestimmten Branche oder einen bestimmten Markt bis zu einer Höhe von 0,10 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in einem Geschäftsjahr, welcher aus den börsentäglich ermittelten Nettoinventarwerten errechnet wird.
- n) Kosten, die anfallen im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen (Transaktionskosten);
- o) Steuern, insbesondere Umsatzsteuer, die anfallen im Zusammenhang mit den vorstehend in Buchstaben a) bis n) genannten und vom Sondervermögen zu ersetzenden Aufwendungen.

...

ERTRAGSVERWENDUNG UND GESCHÄFTSJAHR

§ 8 Ausschüttung

1. Für die ausschüttenden Anteilklassen schüttet die Gesellschaft grundsätzlich die während des Geschäftsjahres für Rechnung des Sondervermögens angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten anteiligen Zinsen, Dividenden und sonstigen Erträge unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs aus. Realisierte Veräußerungsgewinne unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs können anteilig ebenfalls zur Ausschüttung herangezogen werden.

...

§ 10 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Sondervermögens beginnt am 01. Januar und endet am 31. Dezember. Abweichend davon beginnt das erste Geschäftsjahr mit Auflage des Sondervermögens.